

## Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG .....	S. 1
I. Die Geldwäschebekämpfungsgesetze und ihre Ziele .....	S. 1
1. Der Straftatbestand der Geldwäsche und seine prozessualen Folgen.....	S. 1
2. Das Geldwäschegesetz und seine Wirkungen auf die Strafverfolgung .....	S. 4
II. Der Einsatz von Bankmitarbeitern als Sonderfall des Einsatzes von Privatpersonen bei strafrechtlichen Ermittlungen und das Beweisverwertungsproblem .....	S. 12
III. Neuartige prozessuale Rollen für Bankmitarbeiter .....	S. 18
IV. Gang der Untersuchung .....	S. 24
I. TEIL: PROBLEMATIK DER BEKÄMPFUNG VON ORGANISIERTER KRIMINALITÄT UND GELDWÄSCHE .....	S. 25
§ 1 Organisierte Kriminalität und Geldwäsche als Ziele moderner Verbrechensbekämpfung .....	S. 25
I. Organisierte Kriminalität als Bekämpfungsziel .....	S. 25
1. Zahlenangaben .....	S. 25
2. Bekämpfungsstrategie und Zumutbarkeit für die involvierten Banken und Bankmitarbeiter.....	S. 27
II. Allgemeine Problematik der Geldwäschebekämpfung .....	S. 29
II. Grundprobleme flächendeckender Straftatbestände wie der Geldwäsche .....	S. 31
1. Abstrahierung von Rechtsgut und widerrechtlicher Rechtsgutsbeeinträchtigung .....	S. 32
2. Unmöglichkeit sachgerechter Begrenzung der Strafnormen .....	S. 36
a) Teleologische Reduktion auf Handlungen im Rahmen Organisierter Kriminalität.....	S. 36
b) Bagatellgrenze.....	S. 37
c) Begrenzung der Kausalkette oder der Zurechnung des Vermögensgegenstands .....	S. 38
aa) Das Kausalitätsproblem .....	S. 38
bb) Die Erfolgstauglichkeit der Tathandlung .....	S. 39
cc) Herrühren des Gegenstands aus einer Katalog-Vortat.....	S. 40
d) Ausschluß sozialadäquaten Verhaltens.....	S. 41
e) Ergebnis zur Begrenzung des objektiven Tatbestands der Strafnorm oder der Strafverfolgung.....	S. 42
III. Probleme der Ermittlung von Organisierter Kriminalität und Geldwäsche .....	S. 42

<b>IV. Strafbarkeit der Geldwäsche und Mitwirkung der Banken an der</b>	
<b>Sachauklärung .....</b>	<b>S. 46</b>
<b>1. Statistische Lage .....</b>	<b>S. 46</b>
<b>2. Prägung des deutschen Rechts durch internationale Vorgaben .....</b>	<b>S. 48</b>
<b>a) Das US-amerikanische Vorbild für die Strafbarkeit der Geldwäsche und</b>	
<b>korrespondierende finanzrechtliche Regelungen .....</b>	<b>S. 49</b>
<b>aa) Straftatbestände.....</b>	<b>S. 49</b>
<b>(1) Geldwäsche.....</b>	<b>S. 49</b>
<b>(2) Verletzung der Verdachtsmeldepflicht.....</b>	<b>S. 49</b>
<b>(3) Umgehung der Verdachtsmeldepflicht.....</b>	<b>S. 50</b>
<b>bb) Gewinnverfall.....</b>	<b>S. 50</b>
<b>cc) Finanzrechtliche Regelungen.....</b>	<b>S. 51</b>
<b>dd) Datenschutz und Eingriffsschwellen.....</b>	<b>S. 51</b>
<b>ee) Verdachtsmeldepflichten .....</b>	<b>S. 52</b>
<b>b) Supranationale Vorgaben für das deutsche Recht zur</b>	
<b>Geldwäschebekämpfung .....</b>	<b>S. 53</b>
<b>aa) Empfehlungen des Europarats .....</b>	<b>S. 54</b>
<b>bb) Wiener Suchtstoffübereinkommen der Vereinten Nationen .....</b>	<b>S. 54</b>
<b>(1) Bedeutung des Abkommens für das Verfahrensrecht .....</b>	<b>S. 54</b>
<b>(2) Bedeutung des Übereinkommens für das materielle</b>	
<b>Recht .....</b>	<b>S. 55</b>
<b>(3) Inhalt des Übereinkommens .....</b>	<b>S. 55</b>
<b>    aaa) Handlungs- und Schuldform der Geldwäsche .....</b>	<b>S. 55</b>
<b>    bbb) Nachweis der inneren Tatseite .....</b>	<b>S. 56</b>
<b>    ccc) Möglichkeit der Beweislastumkehr .....</b>	<b>S. 57</b>
<b>cc) Empfehlungen der Arbeitsgruppe der G7-Staaten .....</b>	<b>S. 57</b>
<b>dd) Geldwäschekonvention des Europarats .....</b>	<b>S. 58</b>
<b>ee) EG-Geldwäscherichtlinien .....</b>	<b>S. 58</b>
<b>    (1) Rechtssetzungskompetenz .....</b>	<b>S. 60</b>
<b>        aaa) Kompetenz für das Strafrecht .....</b>	<b>S. 60</b>
<b>        bbb) Kompetenz für „finanzrechtliche Regelungen“ .....</b>	<b>S. 61</b>
<b>    (2) Inhalt .....</b>	<b>S. 62</b>
<b>        aaa) Geldwäschehandlungen und Schuldform .....</b>	<b>S. 62</b>
<b>        bbb) Sorgfaltspflichten der Banken .....</b>	<b>S. 62</b>
<b>        ccc) Anzeige- und Informationspflicht .....</b>	<b>S. 63</b>
<b>        ddd) Anhaltepflcht .....</b>	<b>S. 63</b>
<b>ff) Bewertung der internationalen Vorgaben und der</b>	
<b>    Möglichkeit ihrer Transformation in das deutsche Recht .....</b>	<b>S. 64</b>

<b>3. Die Umsetzung der internationalen Vorgaben in das innerstaatliche Recht und ihre Komplikationen.....</b>	<b>S. 66</b>
a) Straftatbestand der Geldwäsche.....	S. 67
aa) SPD-Entwurf und Entwurf des Freistaats Bayern .....	S. 67
bb) Regierungsentwurf und Bundesratsentwurf	
zum Geldwäschetatbestand i.d.F. des OrgKG .....	S. 68
cc) Gesetzesfassung durch das OrgKG.....	S. 68
dd) Problematik der relativen Unbestimmtheit der „Geldwäsche“ als Tatbestandsmerkmal .....	S. 69
b) Geldwäsche- bzw. Gewinnaufspürungsgesetz.....	S. 74
c) Nachbesserungen des Normenbestands .....	S. 75
aa) Verbrechensbekämpfungsgesetz.....	S. 75
bb) Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.....	S. 76
cc) „Quantensprung“ der Neufassung des Geldwäschetatbestands	
durch das Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz.....	S. 77
dd) Bewertung der Novellen.....	S. 81
<b>4. Problematik des Geldwäschetatbestands .....</b>	<b>S. 83</b>
a) Unbestimmtheit der Norm.....	S. 84
b) Unmöglichkeit der Feststellung des Herrührens eines Gegenstands aus einer Katalog-Vortat.....	S. 84
c) Unverhältnismäßigkeit der Bestrafung und Verfolgung von Bagatellhandlungen, die die Organisierte Kriminalität unterstützen .....	S. 85
d) Straflosigkeit von Handlungen im geschäftüblichen Bankenverkehr .....	S. 87
e) Auflösung des „ultima-ratio-Prinzips“ des Strafrechts .....	S. 88
aa) Kumulation von weiter Definition der möglichen Tathandlungen und geringe Anforderungen an die innere Tatseite .....	S. 88
bb) Der Vortaten-Katalog als Begrenzungmerkmal.....	S. 89
f) Das Problem des Geldwäscheverdachts .....	S. 90
<b>V. Indienstnahme der Banken für Zwecke der staatlichen Strafverfolgung und Strafdrohung gegenüber Geldwäschehandlungen der Bankmitarbeiter als Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit.....</b>	<b>S. 91</b>
<b>1. Verfassungsrechtlicher Maßstab.....</b>	<b>S. 92</b>
a) Schutzbereich .....	S. 92
b) Schranken und Schrankenschranken.....	S. 93
aa) Maßstab.....	S. 93
bb) Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers für die zu bekämpfende Gefahr .....	S. 95
cc) Angemessenheitsprüfung mit Blick auf verschiedene Belastungsfaktoren .....	S. 96
<b>2. Beschränkung der Berufsausübungsfreiheit durch den Geldwäschestraftatbestand ...</b>	<b>S. 99</b>

a) Der Streit um die Geldwäschestrafbarkeit der entgeltlichen Strafverteidigung als Poenalisierung einer berufstypischen Handlung .....	S. 99
aa) Versuch der verfassungskonformen Auslegung des § 261 StGB durch das hanseatische Oberlandesgericht Hamburg.....	S. 100
bb) Kritik an der Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg ..	S. 106
cc) Kontrapunkt des 2. Strafsenats des Bundesgerichtshofs .....	S. 107
dd) Antikritik an der Entscheidung des 2. Strafsenats des Bundesgerichtshofs.....	S. 111
b) Bedeutung der Diskussion um die Strafbarkeit der Strafverteidiger wegen Geldwäschे für den vorliegenden Problembereich .....	S. 111
VI. Organisierte Kriminalität und Geldwäschē als Phänomene .....	S. 112
1. Organisierte Kriminalität .....	S. 113
a) Definitionsversuche.....	S. 113
b) Abweichung des Tatbestands der Geldwäschē vom Bekämpfungsziel.....	S. 115
c) Strafwürdigkeit.....	S. 115
d) Bedeutung des Einsatzes von Bankmitarbeitern bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität .....	S. 116
2. Geldwäschē .....	S. 117
a) Konventionelle Geldwäschemodelle.....	S. 117
aa) Bargeldumtausch als Ausgangspunkt .....	S. 117
bb) Phasenmodelle und die Rolle der Banken bei der Geldwäschē .....	S. 119
b) Moderne Geldwäschē beim „electronic banking“ .....	S. 120
3. Das „konventionelle“ Beispiel der Münchener Wechselstuben .....	S. 121
a) Ermittlungsergebnis .....	S. 122
aa) Ermittlungsmaßnahmen .....	S. 122
bb) Ermittelter Sachverhalt.....	S. 122
cc) Die für den Ermittlungserfolg erforderlichen Aufklärungs- maßnahmen .....	S. 124
dd) Bedeutung der Einschleusung der Drogengelder bei Banken .....	S. 125
b) Allgemeine Folgerungen .....	S. 125
aa) Unerheblichkeit der neuen Geldwäschevorschriften .....	S. 125
bb) Erforderlichkeit heimlicher Informationsgewinnung oder privater Aufklärungsbeiträge .....	S. 127
c) Strafrechtliche Wertungen im abgeurteilten Münchener Geldwäschefall .....	S. 127
aa) Das Problem der Unkenntnis bezüglich konkreter Drogengeschäfte.....	S. 128
bb) Die Einordnung in die Tatbestände des Betäubungs- mittelrechts oder der Geldwäschē .....	S. 128

cc) Die Frage der Vorsatzkonkretisierung.....	S. 129
dd) Beweisanforderungen .....	S. 129
ee) Mögliche Folgerungen für den Geldwäscheverdacht .....	S. 131
ff) Möglichkeit leichtfertiger Geldwäsche .....	S. 131
(1) Annahme der Verfassungsmäßigkeit des § 261 Abs. 5 StGB durch den Bundesgerichtshof .....	S. 131
(2) Selbständiger Unrechtsgehalt der leichtfertigen Geldwäsche gegenüber der vorsätzlichen Vortat .....	S. 132
(3) Bestimmtheit des Begriffs der Leichtfertigkeit .....	S. 132
VI. Zwischenbilanz zur Gesetzgebung und Rechtsprechung zur Geldwäschebekämpfung.....	S. 134
§ 2 Geldwäscheverdacht .....	S. 137
I. Verdachtsprobleme .....	S. 137
1. Ungewissheit über die Grenze zwischen Verdacht und Vermutung.....	S. 137
2. Frage der Gleichsetzung des Anfangsverdachts nach § 152 Abs. 2 StPO mit dem Geldwäscheverdacht nach § 11 GwG .....	S. 138
3. Personenbezogene Zielrichtung des Verdachts .....	S. 138
4. Kasuistik als Ausweg der Praxis.....	S. 139
a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	S. 139
b) Rechtsprechung der Strafgerichte .....	S. 140
5. Die Untersuchung von Lorenz zum Verdachtsbegriff .....	S. 140
II. Aufgaben und Eingrenzung des Begriffs des Verdachts .....	S. 143
1. Anfangsverdacht von Straftaten und polizeirechtlicher Gefahrenverdacht .....	S. 144
2. Verdachstsstufung nach der Eingriffsintensität der getroffenen Maßnahmen .....	S. 145
3. Besondere Verdachtsprobleme beim weiten Geldwäschetatbestand.....	S. 146
4. Prozessuale Bedeutung des Verdachts „in personam“ .....	S. 147
III. Gleichsetzung von Anfangsverdacht und dem Geldwäsche- verdacht nach § 11 GwG.....	S. 150
IV. Anfangsverdacht für Geldwäsche .....	S. 154
1. Anlassfälle .....	S. 155
2. Bewertung der Verdachtslage bei Fehlen konkreter Hinweise auf eine Katalog-Vortat .....	S. 158
a) Entbehrlichkeit einer Konkretisierung der Vortat beim Anfangsverdacht .....	S. 158
b) Entbehrlichkeit von Hinweisen auf Beteiligung einer	

bestimmten Person und auf die innere Tatseite .....	S. 164
c) Erfordernis von Indizien, die eine „zureichende“ Wahr- scheinlichkeit einer Straftat ergeben.....	S. 165
3. Folgen der weiten Möglichkeiten zur Begründung eines Anfangs- verdachts der Geldwäsche .....	S. 166
V. Ergebnis zur Bedeutung des Geldwäscheverdachts .....	S. 167
<b>2. TEIL: EINSCHALTUNG VON BANKEN UND BANKMITARBEITERN IN DIE VERBRECHENSBEKÄMPFUNG .....</b>	<b>S. 171</b>
§ 3 Pflichten der Banken und Bankmitarbeiter im Rahmen der Straf- verfolgung und ihre Grenzen auch auf Grund des Bankgeheimnisses .....	S. 171
I. Regelungssystematische Einordnung der Verpflichtung der „Institute“ durch das Geldwäschegesetz.....	S. 171
1. Bedeutung der Normadressaten für die systematische Einordnung .....	S. 172
2. Zweck des Geldwäschegesetzes und Zusammenhang mit dem Geldwäschetatbestand als Einordnungskriterien.....	S. 173
II. Die einzelnen Pflichten nach dem Geldwäschegesetz.....	S. 174
1. Identifizierungs- und Aufzeichnungspflichten .....	S. 174
2. Verdachtsanzeigepflichten .....	S. 175
3. Organisationspflichten .....	S. 178
III. Pflichten der Bankmitarbeiter aus dem allgemeinen Straf- und Strafverfahrensrecht.....	S. 179
1. Strafrechtliche Verhaltenspflichten .....	S. 179
2. Prozessuale Pflichten .....	S. 180
a) Allgemeine Bürgerpflichten .....	S. 180
b) Auskunftspflichten von Organen öffentlichrechtlicher Kreditinstitute aufgrund einer öffentlichrechtlichen Stellung.....	S. 181
c) Schranken durch das „Bankgeheimnis“ .....	S. 183
IV. Folgerungen aus den Pflichten der Banken und Bankmitarbeiter für weitere Überlegungen .....	S. 184
§ 4 Zurechnung von Verdachtsanzeigen und Ermittlungen durch Bankmitarbeiter zum staatlichen Strafverfahren.....	S. 185
I. Abgrenzung zur informatorischen Befragung.....	S. 187
II. Unzulässigkeit staatlicher „Vorermittlungsverfahren“ .....	S. 188
III. Die Zurechnung der Verdachtsschöpfung durch Bankmitarbeiter zum staatlichen Strafverfahren .....	S. 191
1. Gründe für und gegen eine prozessuale Zurechnung der Verdachtsschöpfung durch Bankmitarbeiter .....	S. 192

2. Verwaltungsrechtliche Zurechnungsmodelle .....	S. 196
3. Bankangestellte als „Amtsträger“ im strafrechtlichen Sinn .....	S. 198
4. Strafverfahrensrechtliche Zurechnung der Verdachtsschöpfung zum staatlichen Strafverfahren.....	S. 199
IV. Zurechnung von eigenen Ermittlungen der Bankmitarbeiter zum staatlichen Strafverfahren .....	S. 201
V. Ergebnis zur Zurechnungsfrage.....	S. 207
<b>3. TEIL: FOLGEPROBLEME DER EINSCHALTUNG VON BANKEN UND BANKMITARBEITERN IN DIE VERBRECHENSBEKÄMPFUNG.....</b>	<b>S. 210</b>
§ 5 Recht und Pflicht der Bankmitarbeiter zu eigenen Ermittlungen wegen eines Geldwäscheverdachts.....	S. 210
I. Datenrasterung durch Banken als Eingriff in das Persönlich- keitsrecht des Bankkunden .....	S. 211
1. Unterscheidung von privaten Handlungen und staatlichem Handeln .....	S. 211
2. Eingriffsqualität der Herstellung von Datenrastern .....	S. 212
3. Vorwirkungen selbständiger Verwertungsverbote auf private Beweiserhebungen.....	S. 213
4. Ambivalenz der Zielrichtung einer Kundenbefragung durch Bankmitarbeiter zur Aufklärung eines Geldwäscheverdachts .....	S. 214
II. Zulässigkeit von Ermittlungen durch Privatrechtssubjekte .....	S. 215
1. Bedenken gegen Ermittlungen durch Privatrechtssubjekte .....	S. 215
2. Argumente für und gegen die grundsätzliche Zulässigkeit von privaten Ermittlungen.....	S. 216
3. Die Frage nach dem Beweisverwertungsverbot als Rechtsfolge des gesetzlich nicht erlaubten Eingriffs .....	S. 218
III. Erlaubnis zu „verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen“ aufgrund von § 14 Abs. 2 Nr. 2 GwG, § 25a KWG.....	S. 219
1. Standpunkt des BAKred bzw. FAFin .....	S. 220
2. Kritik von Herzog .....	S. 221
3. Stellungnahme.....	S. 222
a) EDV-Monitoring und Research-Tätigkeit der Banken als Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung .....	S. 222
b) Bankinterne Kundenbefragung zur Verdachtsklärung .....	S. 225
IV. Pflicht der Bankmitarbeiter zu „verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen“ .....	S. 227
1. Rechtslage bis zum Inkrafttreten der § 25a, 25b KWG	

i.d.F. des 4. Finanzmarktförderungsgesetzes .....	S. 227
2. Änderungen durch das 4. Finanzmarktförderungsgesetz.....	S. 229
<b>V. Ausnutzen der bankinternen Beweisbeschaffung durch staatliche Ermittlungsorgane .....</b>	<b>S. 232</b>
1. Ausnutzung von Äußerungen des Bankkunden im verdachts- klärenden Gespräch mit dem sachbearbeitenden Bankmitarbeiter .....	S. 232
a) Handeln im behördlichen Auftrag .....	S. 233
b) Handeln der Bankmitarbeiter ohne behördlichen Auftrag .....	S. 235
2. Ausnutzung eines EDV-Monitoring des Bankkunden.....	S. 236
<b>VI. Ergebnis zur Frage von Recht und Pflicht der Bankmitarbeiter zu eigenen Ermittlungen .....</b>	<b>S. 238</b>
<b>§ 6 Verdacht der Geldwäsche gegen Bankmitarbeiter.....</b>	<b>S. 242</b>
I. Strafbarkeit der Bankmitarbeiter bei Durchführung „verdächtiger“ Finanztransaktionen .....	S. 243
1. Tatbestandsausschluss bei Handeln im Interesse der Sachaufklärung .....	S. 243
2. Tatbestandsmäßigkeit der Durchführung von Finanz- transaktionen .....	S. 246
3. Tätige Reue .....	S. 249
II. Bedeutung des Geldwäscheverdachts gegen Bankmitarbeiter für ihre Prozessrolle als Zeugen oder Beschuldigte .....	S. 251
III. Unverwertbarkeit des Inhalts der Verdachtsanzeige und dies- bezüglicher Äußerungen gegen den Bankmitarbeiter .....	S. 253
IV. Ergebnis zum Geldwäscheverdacht gegen Bankmitarbeiter .....	S. 256
<b>ERGEBNIS .....</b>	<b>S. 259</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>S. 266</b>